bnr.de
blick nach rechts

26. Jahrgang | Ausgabe 03/2009

05. Februar 2009

INHALT

RECHTE SZENE 2

Kollisionskurs 2

Die Diskussion über einen neuen NPD-Vorsitzenden ist völlig aus den Fugen geraten.

„Die da oben, wir hier unten" 3

In Schleswig-Holstein bereitet sich die NPD auf die Bundestagswahl vor. Auf der Kandidatenliste steht auch Thomas Wulff.

Menschenverachtende Töne 4

Bandmitglieder von D.S.T. wegen Volksverhetzung angeklagt.

Braune Musikanten 4

„Noie Werte" ist seit 22 Jahren im Geschäft.

AUSLAND 5

„Europa der Nationen" 5

Die extreme Rechte will sich im Europäischen Parlament neu formieren.

SEITENBLICK 6

Stimmungsmache 6

Offene Auseinandersetzung ist nötig – die Friedrich-Ebert-Stiftung diskutiert über Rechtspopulismus in Europa.

GRAUZONE 7

Unchristliche Brüder 7

In den Reihen der fundamentalistischen Priesterbruderschaft St. Pius X. finden sich immer wieder Verbindungen ins rechtsextreme Lager.

„Gegen-Aufklärung" 8

„Criticon"-Gründer Schrenck-Notzing war über Jahrzehnte publizistischer Brückenbauer.

RÜCKBLICK 8

„Überleben des Passenden" 8

Darwin war weder Rassist noch Sozialdarwinist. Rechtsextremisten wollten und wollen sich fälschlicherweise mit Hinweis auf den Evolutionstheoretiker ideologisch legitimieren.

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE 10

„Denkmal aus Erzählungen" 10

Das neue Online-Archiv der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" über Zwangsarbeit.

MELDUNGEN 11

Kollisionskurs

Die Diskussion über einen neuen NPD-Vorsitzenden ist völlig aus den Fugen geraten.

Andreas Molau will seinem Publikum Visionen bieten: Mit „einem klaren Profil, dem Bewusstsein, dass man Politik nicht für die Befriedigung eigener Bedürfnisse macht sowie einer im besten Sinne modernen Programmatik und schließlich vorzeigbarem Personal, wären die 40 Prozent Nichtwähler schnell zu gewinnen", schrieb er für das österreichische Rechtsaußenblatt „Aula" – und ließ durchschimmern, dass es sein Profil, seine Programmatik und wohl auch seine Person sein müssten, die die extreme Rechte erfolgversprechend modernisieren könnten. Ansonsten erkennt er nur Politikunfähigkeit: auf der einen Seite „die sich ‚radikal' wähnenden Nationalen", die unergiebig um die „reine Lehre" streiten; auf der anderen Seite „Bürgerliche, die in ihrer Kleinst-Jolle unter dem Namen ‚Pro-Bewegung' einsam segeln", und „Möchtegern-Intellektuelle" wie „Junge Freiheit"-Chef Dieter Stein, die sich „im vorauseilenden Gehorsam selbst vom Begriff ‚rechts'" distanzieren.

Doch bislang wollen sich weder die eher „bürgerlichen" Rechtsextremisten noch die NS-Fraktion im Molau'schen Sinn modernisieren lassen. Thomas Wulff nahm sich den Voigt-Gegenkandidaten in einer Rundmail vor. Was „der Molau" – eines Vornamens ist er für Wulff nicht mehr würdig – „absondert", sei Spaltung und „Anpassung an die Vorgaben unserer Feinde". Wulff schäumte, weil Molau bei einem „Gedenkmarsch" der Osnabrücker NPD unter dem Motto „Die Hermannsschlacht: 2000 Jahre Kampf gegen Überfremdung – für nationale Selbstbestimmung" als Redner auftreten soll. „Diesen Typen" dürfe man dort nicht reden lassen, fordert Wulff: „Dies ist ja geradezu die Verhöhnung des Cheruskerfürsten, der die Stämme EINIGTE im Kampf gegen die Feinde unseres Volkes!"

Als „Kümmererpartei" hatte Molau sein Wunschbild der NPD skizziert – „ganz unideologisch und dafür volksnah". Bei Wulff oder NPD-Geschäftsführer Eckart Bräuniger stößt er damit auf blankes Entsetzen. Nachdem Bräuniger bereits am 15. Januar in einem wüsten Pamphlet auf den Niedersachsen eingeprügelt hatte, holte er eine Woche darauf zum zweiten Schlag aus – sprachlich diesmal ein wenig disziplinierter, ideologisch aber eindeutig. Er, Bräuniger, rede „als Ziel nach wie vor vom deutschen Reich – wovon spricht Andreas Molau?". Und als stünde der Tag der „Machtergreifung" kurz bevor, beschreibt er einige Kernelemente eines neuen NS-Deutschlands. Die Staatsbürgergesetzgebung beispielsweise solle durch eine „Verfügung" ersetzt werden, „die sich am Abstammungsprinzip orientiert. Über Einzelfälle soll ein Reichsgericht entscheiden". Gewerkschaften? „Hielte ich für überflüssig, wenn die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen durch das Reich gewährleistet würde." Familienplanung? „Wäre im großen Ganzen gesehen auch Sache des Staates." Bundesländer? „Wäre eine starke Zentralgewalt des Reiches nicht sinnvoller?" Molau wolle „uns von unseren eigenen Vorbildern und Mitstreitern weg und auf landes- und geistesfremde Pfade des welschen Gedankengutes führen".

Die Diskussion über einen neuen Parteivorsitzenden ist längst völlig aus den Fugen geraten. Mit gefälschten Dokumenten wird operiert und mit der Unterstellung, käuflich zu sein. Nächster Schritt wären Handgreiflichkeiten. Judith Rothe, bis vor kurzem stellvertretende NPD-Landeschefin in Sachsen-Anhalt, jetzt nur noch Kreisvorsitzende in Mansfeld-Südharz, hat Voigt in ihren Kreisverband eingeladen und warnt schon einmal: „Allen, die meinen, man könnte in spalterischer Absicht unsere Veranstaltungen in die Anti-Voigt-Kampagne einbeziehen, sei gesagt, dass wir unser Hausrecht rigoros durchsetzen werden."

Inzwischen sortieren sich die Lager: Auf der Seite Voigts stehen – mehr oder weniger geschlossen – die Landesverbände Berlin, Brandenburg, Thüringen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und NRW. Zur Gegenseite gehören – ebenfalls mehrheitlich – Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern, das Saarland und vermutlich Rheinland-Pfalz. Andere scheinen gespalten – wie Sachsen-Anhalt: Der amtierende Rumpfvorstand dürfte auf Molau-Linie sein, die zurückgetretene, alte Vorstandsmehrheit auf Voigt-Linie. Dabei erinnern beide Lager derzeit an zwei Züge, die ungebremst aufeinander zu rasen. Dass diese Lager nach einem Parteitag weiter unter dem Label NPD ihre Ziele verfolgen werden, scheint kaum vorstellbar.

Tomas Sager

„Die da oben, wir hier unten“

In Schleswig-Holstein bereitet sich die NPD auf die Bundestagswahl vor. Auf der Kandidatenliste steht auch Thomas Wulff.

Der Landesvorsitzende Uwe Schäfer wird die Landesliste anführen. Im beschaulichen Högel traf die schleswig-holsteinische NPD am 25. Januar zusammen, um die Kandidaten für die Bundestagswahl im September dieses Jahres zu bestimmen. Trotz der abgeschiedenen Lage des Gasthofs „Possen“ in Nordfriesland gab es eine spontane Gegenkundgebung.

Rund 30 Demonstranten demonstrierten an dem Sonntag Ende Januar in der Gemeinde. In einer Pressemitteilung behauptete der NPD-Landesverband später, dass die Gegendemonstranten „sich erst gegen Abend in die direkte Nähe des Veranstaltungslokals trauten, vermutlich in der Hoffnung, im Schutze der Dunkelheit Scheiben“ einzuwerfen oder Autoreifen zu zerstechen. Seit Monaten versucht der NPD-Landesverband mit seinen 240 Mitgliedern, sich immer wieder als „Opfer“ der anderen Parteien, Medien und „Antifa“ zu gerieren.

Um 10.00 Uhr begannen dann an dem Sonntag die angereisten rund 90 Parteifreunde und Delegierten mit dem Parteitag. Hier zeigte sich, wie wenig die derzeitigen Debatten über die Wahl eines NPD-Bundesvorsitzenden und die Zusammenarbeit mit den Kameradschaften die Landesarbeit belasten. Im Gasthof „Possen“ herrschte zwischen NPD- und Freien Kameradschafts-Kadern traute Einigkeit.

Herzlich willkommen war so auch Thomas Wulff. Vor wenigen Wochen hatte der Freie Kameradschafts-Kader Wulff offen angezweifelt, dass in der NPD weiterhin an der „Volksfront“ ernsthaft festgehalten würde. Unter dem Titel „Das Ende der Volksfront“ beklagte Wulff zum Jahresbeginn 2009, dass „diese Parteiführung“ auf Bundesebene „nicht mehr Willens und in der Lage“ für eine Zusammenarbeit sei. „Ihr wisst alle, dass ich am Anfang dieser Idee stand“, erklärte er und schob nach: „Ich (möchte) all jene um Verzeihung bitten, die unter Zurückstellung all ihrer Bedenken den alten Parteibonzen gegenüber“ die Partei unterstützten. Namentlich griff Wulff den NPD-Generalsekretär Peter Marx und die NPD-Fraktionschefs in Dresden und Schwerin, Holger Apfel und Udo Pastörs, an.

Die Anfeindung von Pastörs ist allerdings keine Überraschung: In der mecklenburg-vorpommerischen NPD kommt Wulff, der seit Jahren in dem Ostbundesland in Amholz lebt, nicht so gut an. Listenplätze und Parteiämter erhielt er kaum. Die schleswig-holsteinische NPD schätzt ihn indes mehr. Sie verkündete unlängst, dass sie sich über Wulffs wieder verstärkte Mitarbeit freue.

In Högel wählten die Delegierten denn auch Wulff auf Platz 3 der Landesliste. Glaubt man den Gerüchten, gab es bei keiner Abstimmung große Diskussionen. Hinter dem Landesvorsitzenden Schäfer bestimmte der Landesverband den stellvertretenden Landeschef Jens Lütke auf Platz 2. Platz 4 bis 7 belegen Ingo Stawitz, Kay Oelke, Herman Gutsche und Wolfgang Schimmel. Die Partei hob hervor, dass mit Oelke und Gutsche „unsere Kommunalpolitiker“ antreten würden. Bei der Kommunalwahl im Mai 2008 war Oelke in den Kreistag des Herzogtums Lauenburg und Gutsche in den Stadtrat von Kiel eingezogen. In der Landeshauptstadt versprach Gutsche, den „Altparteien“ auf „die Finger“ zu schauen. Kreistagsmitglied Oelke erklärte: „Durch bürgernahe und sachorientierte Arbeit werde ich (...) die Sorgen und Nöte der Menschen im Herzogtum Lauenburg in den Rat tragen“.

Seit der Kommunalwahl hat der alteingesessene Landesverband in Schleswig-Holstein auch neue Aktivitäten entwickelt. Regelmäßig greift die NPD soziale Themen vor Ort auf. Infostände und Flugblattaktionen finden in verschiedenen Gemeinden landauf, landab statt. In Kiel erscheint eine kostenlose Bürgerzeitung. Auf neu gestalteten Websites stellten zudem Oelke und Gutsche ihre Ratsarbeit dar, beklagen die Entwicklung der Energiekosten, warnen vor dem Aus der Lindenau-Werft und wettern über den „Ausbau des Science Center Schleswig-Holsteins“, da wegen der Bankenkrise solche „Prestigeobjekte“ unkalkulierbar seien. Ihre Botschaften sind immer dieselben: „Wir kümmern uns“ und „Die da oben, wir hier unten“. Zur Bundestagswahl will die Partei in dem Land zwischen Nord- und Ostsee den Wahlkampf mit einer „geschlossenen und schlagkräftigen Truppe“ bestreiten.

Andreas Speit

Menschenverachtende Töne

Bandmitglieder von D.S.T. wegen Volksverhetzung angeklagt.

„Schlagt sie doch nieder, haut einfach drauf, legt sie in Ketten und hängt sie auf, erst wenn das Pack sein Blut wegfließen sieht, weiß es genau, die NS-Macht die siegt". Das ist nur eine kleine Kostprobe aus dem Repertoire der 1994 gegründeten Band D.S.T., die in Neonazikreisen einen großen Anhang hatte. Die Abkürzung des Bandnamens steht für „deutsch, stolz und treu".

Seit sieben Jahren wird gegen die braune Band ermittelt. So wurden mehrere Bandmitglieder nach einer Razzia im Mai 2002, bei der 500 CDs beschlagnahmt wurden, vorübergehend festgenommen. Aber erst eine bundesweite Durchsuchungsaktion vor knapp zwei Jahren scheint genügend Beweismaterial geliefert zu haben, damit es zur Anklage kommen konnte. Damals wurden Hunderte CDs, mehrere Computer, in Sri Lanka hergestellte T-Shirts mit rechtsextremem Aufdruck und eine scharfe Waffe mit Munition beschlagnahmt.

Gegen drei Bandmitglieder von D.S.T. im Alter zwischen 35 und 39 Jahren wird seit dem 2. Februar vor dem Berliner Landgericht wegen Volksverhetzung und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verhandelt. Einer der Angeklagten ist im Hauptberuf Beamter in einem Berliner Bezirksamt. Zwei an der Razzia beteiligte Beamte sagten am ersten Prozesstag aus, dass seinerzeit insgesamt 13 Wohnungen durchsucht und 1100 CDs beschlagnahmt worden seien.

Die Beschuldigten schwiegen vor Gericht. Ein Zeuge verweigerte ebenfalls die Aussage. Weil gegen ihn ein weiteres Verfahren wegen des Vertriebs rechter CDs anhängig ist, könnte er sich selbst belasten. Fraglich ist, ob es in dem Verfahren gelingen wird, Licht in die länderübergeifenden Rechtsrocknetzwerke zu bringen, in denen auch die Angeklagten verstrickt sein sollen. So sollen die inkriminierten CDs finanziell durch Mitglieder der international agierenden Organisation „Hammerskins" unterstützt worden sein. Auch Kontakte zum Umfeld des Skinhead-Netzwerks „Blood&Honour" werden D.S.T. nachgesagt.

Peter Nowak

Braune Musikanten

„Noie Werte" ist seit 22 Jahren im Geschäft.

Die 1987 gegründete rechtsextreme Rechtsrock-Band „Noie Werte" aus dem Großraum Stuttgart hat nach über acht Jahren ein neues Album mit dem Titel „20" veröffentlicht. Geboten werden 10 Lieder, die „wie immer sozialkritisch, gegen den Zeitgeist und mit erhobenem Haupt" gemacht worden sind. Bestellungen der vierten „Noie Werte"-CD nehmen die „Gjallarhorn-Klingschmiede" (Ludwigshafen) des Hammerskins Malte Redeker und „Front-Records" (Wurzen/Sachsen) von Thomas Persdorf entgegen.

Durch ihre langjährige Zugehörigkeit zur rechtsextremen Szene und Live-Auftritte bei rund 200 Konzerten von Stuttgart bis Australien genießt „Noie Werte", so baden-württembergische Verfassungsschützer, „einen hohen Bekanntheitsgrad auf nationaler und internationaler Ebene." Aufgespielt wurde unter anderem beim Pressefest des „Deutsche Stimme"-Verlages am 8. September 2001 im sächsischen Grimma. „Noie Werte" wirkte auch bei den so genannten „Schulhof-CDs" und der CD „Wir sind dabei" des Gemeinschaftsprojektes „Faktor Widerstand" mit. Ein erster Hinweis auf die Existenz von „Noie Werte" fand sich 1988 in dem Blättchen „Wegweiser". Zuvor hatte die Band ihren ersten Auftritt gemeinsam mit „Boots & Braces" in Schwäbisch Gmünd. Kontaktadresse der „neuen SKIN-OI-Band" war damals ein Marc Green in Esslingen.

Frontmann der Band ist der Rechtsanwalt Steffen Hammer. Oliver Hilburger hat „Noie Werte" zwar verlassen, fungiert aber weiterhin als Domaininhaber von www.noiewerte.de. Nachdem seine Mitgliedschaft bei „Noie Werte" als Gitarrist öffentlich bekannt geworden war, trat Hilburger 2007 als Landesvorstandsmitglied der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGB) zurück und legte sein Mandat als Betriebsrat nieder. Im Mai 2008 bestätigte das Bundesverfassungsgericht die Amtsenthebung Hilburgers, der Anfang 2004 auf Vorschlag des CGB als ehrenamtlicher Richter ans Arbeitsgericht Stuttgart berufen worden war. Mitglied von „Noie Werte" war zeitweilig auch der spätere baden-württembergische NPD-Chef Michael Wendland.

Anton Maegerle

„Europa der Nationen“

Die extreme Rechte will sich im Europäischen Parlament neu formieren.

Neue Runde, neuer Einsatz, neue Chance: Dieses Motto scheint sich Europas extreme Rechte im Vorfeld der Europaparlamentswahl am 7. Juni zu eigen zu machen. Und so probt man schon einmal, grenzübergreifend, den Einzug in das Straßburger Parlament, wo man eine Kooperation in neuer Form anstrebt. Am Wochenende des 31. Januar und 1. Februar gab es dazu eine Tagung in Wien.

In der jetzt auslaufenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments (EP) existierte während mehrerer Monate des Jahres 2007 eine gemeinsame Fraktion der rechtsextremen Parteien unter dem Namen „Identität, Tradition und Souveränität“ (ITS). Die Fraktionsstärke – für die mindestens 20 Abgeordnete, die aus mehreren Mitgliedsstaaten kommen müssen, erforderlich sind – hatte erreicht werden können, da mit dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens im Januar 2007 weitere rechtsextreme Parteien ins Europäische Parlament eingezogen waren: die Großrumänienpartei (PRM) und die bulgarische Ataka. Die PRM von Corneliu Vadem Tudor erlebte allerdings zwischenzeitlich starke Einbrüche. Bei einer Nachwahl zum EP in Rumänien im November 2007 erzielte die Partei nur noch 3,5 Prozent, und bei der rumänischen Parlamentswahl im Dezember 2008 scheiterte sie mit rund vier Prozent der Stimmen an der Fünf-Prozent-Hürde. Doch die gemeinsame Rechts-Fraktion in Straßburg hatte sich ohnehin längst zerlegt: Sie zerbrach im Herbst vorvergangenen Jahres an heftigen Querelen zwischen der italienischen Rechtsextremistin und „Duce-Enkelin“ Alessandra Mussolini, die grob und pauschal über rumänische Einwanderer in ihrem Land hergezogen war, und den PRM-Abgeordneten.

Nun versuchen es die Rechtsextremen aus mehreren europäischen Ländern also erneut. Wieder will man zusammen eine Präsenz im EP anstreben und versuchen, dort Einfluss auszuüben – für ein „Europa der Nationen und Völker“, gegen eine supranationale Integration und den Lissabon-Vertrag. An der gemeinsamen Tagung in Wien nahmen neben den Vertretern der gastgebenden FPÖ, dem Parteichef Karl-Heinz Strache und dem EP-Abgeordneten Andreas Mölzer, unter anderem Bruno Gollnisch vom französischen Front National – der frühere Chef der rechtsextremen Fraktion im EP – teil. Mit von der Partie waren auch die Europa-Parlamentarier Philip Claeys (Vlaams Belang) und Mogens Camre von der rassistischen Dänischen Volkspartei (DFP). Vermeldet wurde ebenso die Anwesenheit von Vertretern der deutschen rechtspopulistischen „pro“-Bewegung – Markus Beisicht, Judith Wolter und Markus Wiener. Neben der bulgarischen Ataka-Partei sollen auch nicht näher bezeichnete, politische Kräfte aus Italien, der Schweiz, Serbien „und sogar Russland“ an dem Treffen teilgenommen haben. Mit einem Grußwort hat demnach Tomislav Nikolic, Vorsitzender der serbischen Radikalen Partei (SRS) die Veranstaltung in Wien bedacht. Die SRS war bereits 1997 und 2000 bei Parteitagen des Front National zu Gast.

Geändert hat sich offenkundig die Taktik, mit der die vereinigten Rechtsextremen in die kommende EP-Wahl ziehen möchten. Als strategisches Ziel angestrebt wird nicht länger die Bildung einer eigenen gemeinsamen Fraktion, sondern die Aufnahme in die bereits bestehende, größere Parlamentariergruppe „Union für ein Europa der Nationen“. In der sind derzeit 44 von insgesamt 785 Abgeordneten des Europaparlaments Mitglied. Zu den ihr angeschlossenen Parteien gehören die beiden Mitgliedsformationen der italienischen Regierungskoalition, Alleanza Nazionale – die mit ihrer offen faschistischen Herkunft offiziell gebrochen hat – und die fremdenfeindliche Lega Nord. Aus Polen zählen die populistische Bauernpartei Samoobrona sowie die antisemitische „Liga der polnischen Familien“ zu der Fraktion, in der ferner Parteien aus den drei baltischen Staaten und die konservative irische Fianna Fail sitzen.

Der Europa-Abgeordnete der dänischen DFP (Dansk Folkeparti), Morgens Camre, hat den in Wien Versammelten seine Hilfe bei der Aufnahme in diese Fraktion, der auch seine Partei angehört, zugesichert. Die DFP hatte 2001 mehrere Jahre lang die konservativ-liberale dänische Regierung als parlamentarische Mehrheitsbeschafferin – im „Tausch“ gegen eine drastische Verschärfung der Einwanderungs- und Asylgesetze – gestützt.

Bernhard Schmid

Stimmungsmache

Offene Auseinandersetzung ist nötig – die Friedrich-Ebert-Stiftung diskutiert über Rechtspopulismus in Europa.

Bisher hat es noch keine rechtspopulistische Partei in der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft zu Wahlerfolgen, Mandaten und Ämtern gebracht. Ein Naturgesetz sei das freilich nicht, meinte der SPD-Bundestagsabgeordnete Niels Annen bei einer Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung Ende Januar in Berlin. Die Podiumsteilnehmer beschäftigten sich unter dem Titel „Rechts – populistisch – erfolgreich?“ mit der Entwicklung rechtspopulistischer Parteien und Organisationen nicht nur in Deutschland.

Gerade im „Superwahljahr 2009“ begebe sich die rechtspopulistische „pro-Bewegung“ wiederum mit islamfeindlichen Parolen und Kampagnen auf Stimmenfang, erklärte Alexander Häusler von der Forschungsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf. „Im Moment konzentriert sich ‚pro NRW‘ auf die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, die als Probelauf für die Landtagswahl im Jahr darauf verstanden werden.“

Während sich Rechtspopulisten in der Bundesrepublik Deutschland vor allem in Bezug auf die Haltung gegenüber der Nazi-Diktatur von der NPD abgrenzen, sammelt in Österreich die FPÖ seit langem alte und neue Rechte in ihren Reihen. Professor Anton Pelinka von der Central European University in Budapest skizzierte die Auf-und-ab-Bewegungen dieser Partei in den zurückliegenden Jahrzehnten und kam zu dem Ergebnis, dass FPÖ und das von ihr 2005 abgespaltene Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) nach wie vor ein Wählerpotenzial von bis zu 30 Prozent auf sich vereinigen könnten. „Dabei arbeiten sie einmal mit dem klassisch rechtspopulistischen Feindbild Islam. Zum anderen sind sie aber auch Anlaufstelle für Geschichtsrevisionisten und Holocaust-Leugner.“ Dabei träten insbesondere die jüngeren Parteigänger der FPÖ betont harmlos auf mit der demonstrativen Haltung, es müsse wohl erlaubt sein, kritische Fragen zu Holocaust oder Kriegsschuld zu stellen.

Das alle rechtspopulistischen Gruppierungen in Europa verbindende Element jedoch ist Stimmungsmache gegen den Islam und insbesondere gegen den Bau von Moscheen. „Der antiislamische Populismus wird als propagandistisches Einfalltor von rechtsaußen genutzt“, so Alexander Häusler. Das verbinde die niederländische Freiheitspartei, den belgischen Vlaams Belang wie auch die Schweizerische Volkspartei. So wollen die rechtspopulistischen Gruppierungen „pro Köln“ und „pro NRW“ in diesem Mai in Köln wiederum einen „Anti-Islamisierungskongress“ veranstalten. „Dieses Thema ist bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein mehrheitsfähig“, führte Alexander Häusler weiter aus. In den Niederlanden sei eine antiislamische Haltung in der Bevölkerung mittlerweile mehrheitsfähig. Und in Nordrhein-Westfalen hätte die „pro“-Bewegung bei ihren Kampagnen gegen Moscheebauten ebenfalls viele Bürger angesprochen, die nicht im politisch rechten Spektrum verankert seien.

Wie sich einer bewusst geschürten antiislamischen Haltung entgegentreten lässt, erläuterte am konkreten Beispiel Ercan Telli, Geschäftsführer des Migrationsrates in Oberhausen. Hier hätte sich bereits im Vorfeld eines geplanten Moscheebaus ein breites Stadtteilbündnis gegründet, dem Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und viele andere Gruppen angehörten. Gebaut worden sei schließlich eine Moschee, die sich architektonisch in die Umgebung einfüge und deren Räumlichkeiten von Muslimen wie auch von Christen genutzt würden. „Wir haben funktionierende Integrationskurse und akzeptierte Strukturen“, betonte Telli. Entscheidend für den Erfolg sei der Zusammenhalt des Bündnisses gewesen, das mit der „pro“-Kampagne in Oberhausen offensiv umging.

Auch Niels Annen unterstrich, dass durch die Stärkung der Zivilgesellschaft rechtspopulistischen Parolen entgegengetreten werden müsse. „Wir sollten uns mit den Inhalten der Rechtspopulisten auseinandersetzen, denn sie greifen existierende Stimmungen auf.“ Für die Politiker der demokratischen Parteien gelte es, sich mit diesen Themen zu befassen, „aber ohne jede Anbiederung oder gar Koalitionen mit Rechtspopulisten, wie wir sie ja in Hamburg in der Vergangenheit hatten“.

Gudrun Giese

Unchristliche Brüder

In den Reihen der fundamentalistischen Priesterbruderschaft St. Pius X. finden sich immer wieder Verbindungen ins rechtsextreme Lager.

Ein Mitarbeiter des Lapidariums am Jüdischen FriedDie Aufhebung der Exkommunikation von vier Bischöfen der traditionalistischen Priesterbruderschaft St. Pius X. sorgt für weltweite Schlagzeilen. Einer der Bischöfe ist der britische Holocaust-Leugner Richard Williamson, der seit sieben Jahren ein Seminar seiner Bruderschaft im argentinischen La Reja leitet. In einem Interview mit einem schwedischen Fernsehsender äußerte er: „Ich denke, dass 200 000 bis 300 000 Juden in den Konzentrationslagern gestorben sind, aber nicht ein einziger in den Gaskammern." Das Interview mit Williamson wurde im November 2008 im oberpfälzischen Zaitzkofen aufgenommen. Dort ist seit 1978 im ehemaligen Schloss das Priesterseminar Herz Jesu der Priesterbruderschaft St. Pius X. untergebracht. 22 Theologiestudenten bereiten sich aufs Priestertum vor, rund 100 haben hier ihre Ausbildung genossen. Die Staatsanwaltschaft Regensburg ermittelt gegen Williamson wegen Volksverhetzung. In einschlägigen Kreisen ist Williamson seit Jahren für die Verbreitung von Verschwörungsmythen in Bezug auf Freimaurer und Juden, auf den 11. September 2001 und den Holocaust bekannt.

Kurz nach Ausstrahlung des Interviews mit Williamson im Januar, outete sich ein weiteres Mitglied der Priesterbruderschaft St. Pius X. als Holocaust-Leugner: „Ich weiß, dass es die Gaskammern gegeben hat, zumindest zur Desinfizierung. Ich kann aber nicht sagen, ob darin Menschen getötet wurden oder nicht, weil ich die Angelegenheit nicht vertieft habe", sagte Pater Floriano Abrahamowicz, Kopf der Bruderschaft in den nordöstlichen Regionen Italiens im Interview mit der Tageszeitung „La Tribuna di Treviso". „Die Opferzahl", so Abrahamaowicz, „stammt vom Leiter der jüdischen Gemeinschaft Deutschland, der sie den amerikanischen und britischen Kräften mitgeteilt hat. In der Eile hat er eine Zahl genannt. Wie konnte er aber genau wissen?" Juden sind im Glaubensgebäude der rechtsklerikalen Pius-Brüder Gottesmörder, solange sie sich nicht bekehren lassen.

Im Juni 2008 sagten die Pius-Jünger in letzter Sekunde eine Vortragsveranstaltung in der Kirche St. Maria Himmelfahrt des Priorats St. Athanasius in Stuttgart ab. Wieder ausgeladen wurde der bekannte österreichische Rechtsextremist Richard Melisch, Buchautor des geschichtsrevisionistischen Grabert Verlages, Dauerreferent in NPD-Kreisen und Autor des NPD-Organs „Deutsche Stimme". Melisch sollte zu seinem Lieblingsthema „Gefahren der Globalisierung" reden. Im Einladungstext zu der Veranstaltung wurde Melisch gelobt, dass er den „Angriffskrieg und die Schlussoffensive der Globalisierer, ohne Herumtasten hinter finsteren Kulissen der Weltpolitik" und „ohne Verweis auf alle möglichen und unmöglichen Verschwörungstheorien" behandele. Denn, so hieß es in der Einladung, „diese Kriegserklärung liegt jetzt schriftlich vor, die Betreiber der Welteroberung durch Globalisierung haben sich selbst enttarnt: Es ist die Allianz von Pentagon & Wall Street, die schon so siegessicher ist, dass sie ihrem Chefstrategen erlaubte, sowohl ihre Welteroberungspläne als auch die dazu führende Strategie zu veröffentlichen." Das 1981 gegründete Priorat St. Athanasius ist seit 1984 deutscher Distrikt der Pius-Jünger.

In Frankreich pflegt die Priesterbruderschaft seit langen Jahren Kontakte zum rechtsextremen Front National von Jean-Marie Le Pen. Auf der Sympathisantenliste der Pius-Brüder stehen unter anderem Roger Holleindre, Mitbegründer des FN und Bruno Gollnisch, langjähriges Mitglied des FN-Politbüros. Gollnisch wurde 2007 wegen Leugnung des Holocaust zu drei Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, dass Gollnisch die Zahl der von den Nazis getöteten Juden und den Einsatz von Gaskammern in Frage gestellt habe. Mitte der 80er Jahre verteidigte das damalige Mitglied der Bruderschaft Philippe Laguerie die Thesen des Holocaust-Leugners Robert Faurisson. 1989 wurde der letzte große Kriegsverbrecher Frankreichs, Paul Touvier, früherer Milizchef von Lyon, in einem Kloster der Priesterbruderschaft in Nizza verhaftet. Nach seinem Tod führten die Brüder eine Totenmesse für den ehemaligen NS-Kollaborateur durch. Touvier hatte in Lyon während der Vichy-Zeit eng mit dem NS-Kriegsverbrecher Klaus Barbie zusammengearbeitet. Noch heute wird von den französischen Pius-Brüdern Marschall Petain, Kopf des Vichy-Regimes während der deutschen Besatzung, verehrt.

Anton Maegerle

„Gegen-Aufklärung“

„Criticon“-Gründer Schrenck-Notzing war über Jahrzehnte publizistischer Brückenbauer.

Der Name des am 25. Januar im Alter von 81 Jahren verstorbenen Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing ist untrennbar mit der von ihm 1970 gegründeten und bis 1998 herausgegebenen Zeitschrift „Criticon“, dem „Zentralorgan der Gegen-Aufklärung von rechts“ (Karlheinz Weißmann), verbunden. Für „Criticon“, den „Kristallisationspunkt für konservative Intelligenz jenseits des niedergehenden Milieus der Unionsparteien“ („Junge Freiheit“) griffen unter anderem Klaus Hornung, Albrecht Jebens, Hans-Helmuth Knütter, Gerhard Löwenthal und Armin Mohler zur Feder. Erklärtes Ziel war die „Revitalisierung des Konservatismus“, den Schrenck-Notzing in dem für die Neue Rechte typischen weiten Sinne verstand. Der Hamburger Verfassungsschutz bescheinigte „Criticon“ Mitte der 90er Jahre eine „publizistische Brückenfunktion zwischen dem bürgerlich-konservativen und dem ‚konservativ-revolutionären‘ Spektrum“.

Im Jahr 1965 war erstmals Schrenck-Notzings Buch „Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen“ erschienen, das schnell zum Szene-Bestseller avancierte. „Der Klassiker über die Umerziehung der Deutschen“ („Junge Freiheit“) ging zuletzt in 11. Auflage beim österreichischen Leopold Stocker Verlag in Druck. Der in Graz ansässige Verlag wirbt für das Buch mit den Worten, dass es „an der Umerziehung bereits in einer Zeit fundamentale Kritik“ übte, „als das amerikanische Vorbild für die Bundesrepublik noch als unantastbar galt“. 1996 gab Schrenck-Notzing das voluminöse „Lexikon des Konservatismus“ heraus, das ebenfalls bei Stocker erschien. Einer der Autoren des Sammelbandes ist der heutige NPD-Multifunktionär Olaf Rose. 2005 wurde Schrenck-Notzing von der „Jungen Freiheit“ (JF) mit dem Gerhard-Löwenthal-Ehrenpreis ausgezeichnet. In den letzten Jahren war er verstärkt in der von seiner Frau Regina und ihm gegründeten Münchner „Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung“ engagiert, die seit 2004 die Zeitschrift „Unsere Agenda“ herausgibt. Zu den Autoren zählen JF-Publizisten wie Karlheinz Weißmann.

Anton Maegerle

„Überleben des Passenden“

Darwin war weder Rassist noch Sozialdarwinist. Rechtsextremisten wollten und wollen sich fälschlicherweise mit Hinweis auf den Evolutionstheoretiker ideologisch legitimieren.

2009 wird wohl ein Darwin-Jahr: Am 12. Februar jährt sich der 200. Geburtstag und am 24. November die 150. Wiederkehr des Erscheinens seines Hauptwerkes „Über die Entstehung der Arten“. Die Forschung belegte in den letzten Jahrzehnten immer wieder detailliert seine darin enthaltenen Auffassungen. Insofern gilt seine Deutung der Evolution schon längst als Tatsache und nicht nur als Theorie. Worin besteht sie? Darwin reagierte auf eine Fragestellung: Offensichtlich können Pflanzen und Tiere in der Natur nicht als statisch angesehen werden. Im Laufe der Zeit müssen sie einem Wandlungsprozess ausgesetzt gewesen sein. Darwin bemerkte hierzu: „Ich bin vollkommen überzeugt, dass die Arten nicht unveränderlich sind; dass die zu einer so genannten Gattung zusammengehörigen Arten in direkter Linie von einer anderen, gewöhnlich erloschenen Art abstammen ... Endlich bin ich überzeugt, dass die natürliche Zuchtwahl das wichtigste, wenn auch nicht das ausschließliche Mittel zur Abänderung der Lebensformen gewesen ist“ (S. 369).

Die Theorie von der „natürlichen Selektion“ geht von folgenden Beobachtungen und Schlüssen aus: Erstens, die Individuen in den Pflanzen- und Tierarten weisen zwar grundlegende Gemeinsamkeiten auf, unterscheiden sich aber hinsichtlich bestimmter Bau- und Leistungsmerkmale (Variation). Zweitens, in der Natur erzeugen Pflanzen und Tiere meist mehr Nachkommen als angesichts der begrenzten Ressourcen überleben können (Überproduktion). Drittens, gleichwohl bleiben die Populationen mit Ausnahme von zeitweiligen Schwankungen in ihrer Größe stabil. Viertens, demgemäß zeigten sich innerhalb einer Art einige Individuen mehr überlebensfähig als andere. Fünftens, im natürlichen Wettbewerb um Geschlechtspartner, Lebensraum und Nahrung kommt es innerhalb einer Population zu einem „Kampf ums Dasein“, der von dem am besten an die Umweltbedingungen Angepassten gewonnen wird. Sechstens, die natürliche Auslese führt so über viele Generationen hinweg zu einer Veränderung der Arten (Selektion).

Eine ganze Reihe von Argumentationsmustern und Begriffen Darwins wurde noch zu seinen Lebzeiten von Natur- und Sozialwissenschaftlern auf die menschliche Gesellschaft übertragen, wofür sich die Sammelbezeichnung „Sozialdarwinismus“ eingebürgert hat. Ihren folgenreichsten Ausdruck fand die damit verbundene Ideologie in der „Rassenpolitik“ des Nationalsozialismus, lassen sich in dessen Diskurs doch Schlagworte wie „Kampf ums Dasein“, „natürliche Selektion“, „Überleben des Stärkeren“ oder „natürliche Zuchtwahl“ ausmachen. Auch heutige Rechtsextremisten nutzen in ihrer biologistischen Argumentation derartige Begriffe, um sich mit Verweis auf Darwin ideologisch zu legitimieren. Doch wie angemessen ist der Bezug auf den Evolutionstheoretiker dabei wirklich? Diese Frage kann schon mit Verweis auf den formalen Charakter beider Theorien verneint werden: Darwin legte eine Erklärung für die Entwicklung des Lebens in der Natur vor, die Sozialdarwinisten präsentieren Grundpositionen für die Gestaltung der politischen Ordnung.

Absage an eine ewige und reine „Rasse“

Darüber hinaus vertrat der Evolutionstheoretiker in den entsprechenden Fragen ganz andere Positionen: Zwar findet man in seinem Buch „Reise eines Naturforschers um die Welt“ (1839) abwertende Formulierungen über die Feuerländer, die als „miserable niedrige Wilde“ geschildert wurden. Gleichwohl nahm Darwin einzelne ihrer Angehörigen, die in England Schulen besucht hatten und mit „vielen guten Eigenschaften“ (S. 151) ausgestattet waren, von diesem Urteil aus. Seine Abwertung erfolgte demnach aus einer kulturellen und nicht aus einer rassistischen Position. Außerdem lehnte Darwin die Auffassung von einer ewigen und reinen „Rasse“ ab, widersprach sie doch seiner Deutung der Evolution des Menschen aus gemeinsamen Ursprüngen. Die „Rassen“, so heißt es in „Die Abstammung des Menschen“ (1871) mit Verweis auf die jahrtausendelange Entwicklung, würden „ineinander übergehen“ und es sei kaum möglich, „scharfe Unterscheidungsmerkmale zwischen ihnen aufzufinden“ (S. 833).

Eines der größten Missverständnisse von Darwins Evolutionsauffassung geht auf die Deutung der Begriffe „Kampf ums Dasein“ und „Überleben des Stärkeren“ zurück. In „Über die Entwicklung der Arten“ macht er deutlich, dass die erst genannte Bezeichnung in „einem weiten und metaphorischen Sinne“ (S. 404) gemeint ist. Sie unterstellte nicht einen ständigen Kampf im Sinne eines gewalttätigen Konflikts. Auch eine Pflanze am Rande einer Wüste führe einen „Kampf ums Dasein“ gegen die Trockenheit. Hinzu kam, dass Darwin in der Natur keineswegs nur einen Konflikt um Ressourcen wahrnahm, sondern auch bei den Tieren soziale Instinkte im Sinne von gegenseitiger Hilfe ausmachte. Und bei dem „Überleben des Stärkeren“ handelt es sich schlicht um eine falsche Übersetzung: Gemeint war das „Überleben des Passenden“ (S. 403), also desjenigen, der Veränderungsprozesse in der Natur am Besten bewältigen kann.

Auch bei seiner Kommentierung des Umgangs mit Behinderten und Schwachen vertrat Darwin allenfalls ansatzweise eine sozialdarwinistische Position, ohne aber daraus politische Forderungen abzuleiten. Im Sprachgebrauch der damaligen Zeit hieß es in „Die Abstammung des Menschen“: „Zufluchtstätten für die Schwachsinnigen, für die Krüppel und die Kranken“ seien „für die Rasse des Menschen im höchsten Grade schädlich“. Gleichwohl betonte Darwin aber auch, dass die Menschen diese Hilfe den „Hilflosen“ entsprechend ihrer „sozialen Instinkte“ gewähren müssten, ansonsten würde man den „edelsten Teil unserer Natur herabsetzen“ (S. 802). Gerade dieses Auffassung macht deutlich, dass der Evolutionstheoretiker im engeren Sinne kein Sozialdarwinist war.

In diesem Kontext steht auch, dass er eine biologische wie gesellschaftliche Legitimation für die Unterdrückung von Menschen anderer Ethnien ablehnte. Durch sein gesamtes Werk zieht sich eine klare Verdammung der Sklaverei. Sie artikulierte sich auch in der Empörung gegen die Sklavenhalter – da sich diese „niemals in die Lage“ (S. 341) der Sklaven versetzt hätten. Hier zeigt sich, dass der bekannteste Vertreter der Evolutionstheorie eher als Anhänger eines naturalistischen und säkularen Humanismus anzusehen war und ist. Auch auf diesen Gesichtspunkt hin lässt sich demnach bilanzierend betrachtet sagen, dass Darwin weder Rassist noch Sozialdarwinist war. (Die Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf: Charles Darwin, Gesammelte Werke, Frankfurt/M. 2006).

Armin Pfahl-Traughber

„Denkmal aus Erzählungen“

Das neue Online-Archiv der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ über Zwangsarbeit.

Das Thema NS-Zwangsarbeit fand Ende der 90er Jahre, im Gefolge der Diskussionen um Entschädigung, auch breites öffentliches Interesse. Um welche Dimensionen es dabei geht, zeigen die Zahlen. Insgesamt wurden während des Zweiten Weltkrieges in Deutschland und den besetzten Gebieten um die 13,5 Millionen Menschen zur Zwangsarbeit eingesetzt: 1,7 Millionen Häftlinge – heute zumeist Sklavenarbeiter genannt – die in Konzentrationslagern und über 4000 anderen vergleichbaren Haftstätten unter härtesten Bedingungen schuften mussten, 8,434 Millionen Zivilarbeiter in Industrie und Landwirtschaft und 4,6 Millionen Kriegsgefangene.

Die Antragsfrist für eine Entschädigung durch die am 6. Juli 2000 gegründete und von der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft je zur Hälfte mit insgesamt 5,16 Milliarden Euro ausgestatteten Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, endete am 31. Dezember 2001. Bis zum offiziellen Abschluss der Zahlungen am 12. Juni 2007 wurden 4,4 Milliarden Euro an 1,66 Millionen Personen in nahezu 100 Ländern gezahlt. Sowjetische Kriegsgefangene wie italienische Militärinternierte waren von den Regelungen des Stiftungsgesetzes ausgeschlossen.

Um die Erinnerung an dieses Millionenheer von Sklaven- und Zwangsarbeitern dauerhaft zu bewahren, die individuellen Erfahrungen und Erlebnisse der Überlebenden für die Forschung zugänglich zu machen und für die politische Bildung aufzubereiten, hat die Stiftung 2004 ein großes Interviewprojekt begonnen und bisher mit 2,5 Millionen Euro gefördert. In Zusammenarbeit mit einer Fachjury, den Partnerorganisationen und einem Historikerteam haben 32 Interviewgruppen in 25 Sprachen 590 mehrstündige Video- und Audiointerviews geführt. Die Befragten gehören zu den Jahrgängen 1907 bis 1940, sie berichten über ihre Jugend vor dem Krieg, ihre Erfahrungen aus Verfolgung und Zwangsarbeit und ihr davon geprägtes und vielfach auch beeinträchtigtes Leben nach Kriegsende.

Die Interviews umfassen insgesamt 2000 Stunden und liegen in den jeweiligen Sprachen schriftlich vor (35 000 Seiten), 150 Interviews wurden bereits ins Deutsche übersetzt. Das Deutsche Historische Museum als Kooperationspartner der Stiftung hat alle Bänder archiviert, verschlagwortet und in seiner Dauerausstellung eine Multimediastation mit zwölf Interviewsequenzen eingerichtet, die beispielhaft für die großen Opfergruppen unter den Zwangsarbeitern stehen. Die Freie Universität Berlin – die Projektleitung liegt beim Osteuropa-Institut – hat die Interviews transkribiert und digitalisiert, mit Übersetzungen ins Deutsche, Kurzbiographien und Fotos angereichert und jetzt als Online-Plattform realisiert.

Eine erste, umfassende und gründliche Auswertung – profunde wissenschaftliche Analyse, differenzierte Beschreibung im nationalen und historischen Kontext, inhaltliches Resümee der jeweiligen Interviews sowie eine Auflistung aller Interviewten – liegt bereits vor. Und was Zwangsarbeit im Einzelnen und für den Einzelnen hieß, welche zumeist negativen individuellen Erfahrungen damit verbunden waren, macht eindringlich und anrührend auch eine Sammlung von Lebensberichten deutlich. Sie enthält, um die Biographien ihrer Verfasser sowie Skizzen und Fotos aus ihrem Besitz ergänzt, 35 der Erinnerungstexte, die – von der Stiftung als Beschreibung des jeweiligen Verfolgtenschicksals erbeten – dem Antrag auf Entschädigung beizufügen waren. Erschreckend wiederum das Ausmaß des Erlittenen. Hier wird ganz unmittelbar anschaulich, was sich die Initiatoren mit dieser groß angelegten Dokumentation auch erhoffen: „Ein Denkmal... nicht aus Stein oder Bronze, sondern aus ... Erzählungen und Lebensgeschichten“.

Theo Meier-Ewert

„Molau-Verhinderer“ Rieger

Hamburg – *NPD-Parteivize Jürgen Rieger schließt nicht aus, dass er beim bevorstehenden Bundesparteitag für das Amt des Vorsitzenden kandidieren wird.*

„Es hängt letztlich von der Lage ab innerhalb der Partei“, sagte er in einem Gespräch mit dem Neonazi-Portal „Volksfront-Medien“. Rieger stellte sich hinter Parteichef Udo Voigt. Falls der bei den Delegierten aber wegen der Finanzkrise der Partei zu wenig Rückhalt habe, werde er selbst antreten, weil er es „für erforderlich halte, dass Molau verhindert werden muss“. Der Parteitag werde „über die Zukunft der Partei entscheiden“, sagte Rieger und warnte vor einer Umwandlung der NPD in eine „nationalkonservative Partei“. Bei einem solchen, neuen Kurs stehe er nicht mehr für ein Vorstandsamt auf Bundesebene zur Verfügung. Eine Abspaltung seines Hamburger Landesverbandes schloss er nicht aus: „In Hamburg, was wir dann machen, ist eine andere Geschichte. Der Hamburger Landesverband steht geschlossen hinter mir. Dann kann man sich überlegen, ob man was eigenes macht. Ich hänge nicht an einem Namen.“ Auch persönlich ging Rieger, exponiertester Vertreter der NS-Fraktion im NPD-Vorstand, Molau an. „Das entscheidende, das mag man so oder so sehen, ist gar nicht, dass Molau Achteljude ist. Das entscheidende bei Molau ist der Punkt, dass er damit hausieren geht, dass seine Familie im Dritten Reich rassisch verfolgt gewesen sei.“ Scharfe Kritik übte er auch an der Mehrheit des NPD-Vorstands. Der Geldsegen sei dort „manchen zu Kopf gestiegen“. Im Parteivorstand würden „zum Teil Gehälter gezahlt, die in überhaupt keinem Verhältnis zu dem stehen, was geleistet wird“. (ts)

„Anti-Islamisierungskongress“ zum Wahlkampf

Köln – *Auf dem Roncalliplatz, direkt im Schatten des Domes, wollen die rechtspopulistischen Gruppierungen „pro Köln“ und „pro NRW“ am 8. Mai im zweiten Anlauf die Hauptkundgebung eines „Anti-Islamisierungskongresses“ stattfinden lassen.*

Im vorigen September war ein erster Versuch gescheitert – nicht zuletzt, weil der damalige Veranstaltungsort von Tausenden Gegendemonstranten blockiert worden war. Wie damals, kündigen die „pro“-Gruppierungen auch diesmal die Teilnahme „hochrangiger rechtsdemokratischer und rechtspopulistischer Politiker aus ganz Europa“ an. Sprechen sollen unter anderem die Europaabgeordneten Mario Borghezio („Lega Nord“) und Carl Lang, der bis 2005 Generalsekretär des französischen „Front National“ war, sich inzwischen aber mit Parteichef Jean-Marie Le Pen überworfen hat und bei der Europawahl im Juni mit einer eigenen Liste antreten will. Als Redner angekündigt werden außerdem der Ex-CDU-Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche, Filip Dewinter vom „Vlaams Belang“ und Robert Spieler von der rechtsregionalistischen Partei „Alsace d'abord“ (Das Elsass zuerst). „Pro NRW“ plant neben der Hauptkundgebung am Samstag an jenem „Kongress“-Wochenende weitere öffentliche Veranstaltungen in vier Städten, in denen die Rechtspopulistentruppe bei der Kommunalwahl vier Wochen darauf antritt: am 7. Mai in Leichlingen, Leverkusen und Dormagen sowie am 9. Mai in Bergheim. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de